Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Kaden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7gespaltene Nonpareillezeile 90 Pf., Familienanzeigen 70 Pf., die 3gespaltene Reklamezeile 3 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 230a | Dresden, Sonntag den 5. Oktober 1919 | 30. Jahrg.

Generalstreiksgefahr in Berlin

Berlin, 4. Oktober. Der Verband der Berliner Metallindustriellen hat die Annahme des Vorschlages des Metallarbeiterverbandes, ganz neue Verhandlungen von Gruppe zu Gruppe anzuknüpfen, abgelehnt, da er nur eine Wiederholung der früheren wochenlang geführten, aber resultatlos verlaufenen Verhandlungen bedeute, aber ein Ergebnis nicht erwarten lasse. Die Streikleitung und die hinter ihr stehenden Drahtzieher, die sich über den Ausgang der Bewegung nicht im unklaren sind, **drohen jetzt mit dem Generalstreik.**

•

[illegible], 4. Oktober. Die B. Z. am Mittag meldet: Die Lage im Metallarbeiterstreik hat sich infolge des gestrigen Schreibens der Arbeitsgemeinschaft an den Arbeitsminister noch **verschärft.** Trotz der bestimmten Drohungen, auch die elektrische Licht- und Kraftversorgung Groß Berlins lahmzulegen, haben die zuständigen Behörden sich veranlaßt gesehen, Sicherheitsmaßnahmen zu treffen.

•

Ende des Hamburger Seemannsstreiks

Hamburg, 4. Oktober. In einer Versammlung des Deutschen Seemannsbundes wies der Vorstand darauf hin, daß die Fortsetzung des Kampfes, nachdem er bereits in Lübeck und Bremen als aussichtslos abgebrochen wurde, auch in Hamburg zwecklos sei. Es wurde deshalb die Aufhebung des Streiks empfohlen. Die Verhandlungen mit der Regierung, betreffend Aufhebung der Seemannsordnung, und diejenigen mit den Reedern für die Erhöhung der Heuer sollen trotzdem fortgesetzt werden. Unter sehr erregter Aussprache wurde gegen die Stimmen der Fischdampfermannschaft die Aufhebung des Streiks beschlossen.

• • •

Keine Lohnzahlung an die englischen Streikenden

Die englische Regierung hat eine Erklärung veröffentlicht, in der sie ihr Vorgehen bezüglich des Zurückhaltens der Löhne für die Eisenbahner, die diese Woche ausbezahlt worden wären, wenn sie nicht in den Ausstand getreten wären, rechtfertigt. In dieser Erklärung wird gesagt, die Arbeiter hätten dadurch, daß sie ohne vorherige Ankündigung in den Streik getreten seien, ihren Kontrakt gebrochen und der Allgemeinheit beispiellosen Schaden zugefügt. Es wäre ungerechtfertigt, wenn die Regierung Gelder auszahlte, die nur zur Verlängerung des Kampfes, der das ganze Leben der Nation gefährde, dienen würden. In der Erklärung wird schließlich gesagt, daß im Falle der raschen Wiederaufnahme der Arbeit die Regierung ihr Verhalten ändern würde.

Das Reuterbureau erfährt von gut unterrichteter Seite, daß Lloyd George bei seinen Verhandlungen mit der Abordnung des Transportarbeiterverbandes an der Bedingung, daß die Wiederaufnahme der Arbeit der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Eisenbahnern vorangehen müsse, **unerbittlich festhielt.** Der Vorsitzende des Eisenbahnerverbandes erklärte hierauf, es seien **keine Fortschritte gemacht worden;** die Verhandlungen seien für den Augenblick **vertagt.**

Der Ragentopf wurde geschlossen. Es gelangen jetzt dort gekochtes Fleisch, Fische und Genüsse zur Verteilung.

Der baltische Knoten

Die Reichsregierung steht vor der baltischen Frage wie wie einst Alexander der Große vor dem gordischen Knoten. Um aber das verworrene Flechtwerk auf seine Weise zu lösen, dazu fehlt ihr das Schwert. Die **Entente** selber hat ja in ihrer übergroßen Furcht auch noch vor dem besiegten Deutschland uns so wehrlos gemacht, daß die Regierung keine Möglichkeit hat, die Meuterer im Osten im Notfalle mit Waffengewalt zum Gehorsam zu zwingen. Das betont die Note, die die Regierung durch General **Nudant** an den Verband gerichtet hat. Der Wortlaut des Schriftstückes ist folgender:

In Erwiderung der Note 1755 G vom 28. September legt die deutsche Regierung größten Wert auf die Feststellung, daß sie dauernd auf das **energischste** bemüht ist, die **Truppen aus dem Baltikum und aus Litauen** herauszuziehen. Sie hat zu diesem Zwecke u. a. am 26. September d. J. angeordnet, daß den Truppenteilen, die dem Abmarschbefehl keine Folge leisten, Löhne sowie alle **Versorgungsansprüche** gesperrt werden. Um fernerhin jeglichen Zuzug zu verhindern, wurde die deutsche Grenze gegen Kurland geschlossen und Befehl gegeben, auf die Truppen, die trotzdem diese Linie zu überschreiten versuchen, zu **schießen.** Auch ist jeder **Nachschub an Geschossen** strengstens **untersagt.** General von der Goltz ist von seinem Posten abberufen worden. An seiner Stelle übernimmt die zur völligen Durchführung des Rücktransports Generalleutnant v. Eberhardt den Oberbefehl über sämtliche noch östlich der Reichsgrenze befindlichen Truppen. Schließlich hat die deutsche Regierung an die Truppen einen **Aufruf** erlassen, der sie zur Pflicht zurückruft und ihnen eindringlich vorstellt, welche unabsehbaren Gefahren und Leiden sie auf ihre Volksgenossen heraufbeschwören, wenn sie in ihrem Ungehorsam beharren.

Alle diese Maßnahmen sollten die deutsche Regierung auch in dem Urteile der verbündeten und assoziierten Regierungen vor dem **unberechtigten Vorwurf** schützen, daß sie die Widersetzlichkeit der deutschen Truppen als Vorwand benutze, um ihre Pflicht zur Räumung der ehemals russischen Gebiete unerfüllt zu lassen. Die verbündeten und assoziierten Regierungen haben hinreichend Einblick in die durch den Friedensvertrag bedingte Lage Deutschlands, um zugeben zu müssen, daß der deutschen Regierung **weitere militärische Zwangsmittel** nicht zu Gebote stehen. Was den Eintritt deutscher Truppen in russische Formationen betrifft, so steht die deutsche Regierung diesem Vorgang durchaus ablehnend gegenüber. Sie hat ihre Aufforderung den Beteiligten auch wiederholt und unzweideutig zum Ausdruck gebracht. Irgendeine Ermächtigung zu einem solchen Uebergriff hat sie niemals gegeben. Die deutsche Regierung hat den festen Willen, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um ihrer Räumungspflicht nachzukommen. Sie muß aufs schärfste **Verwahrung** dagegen einlegen, daß in der Note des Marschalls Foch **Zwangsmaßregeln** angedroht werden, die bezwecken, Deutschland durch die **Erneuerung der Blockade** die Lebensmittelzufuhr abzuschneiden. Die verbündeten und assoziierten Regierungen dürfen nicht vergessen haben, daß gerade die Hungerblockade nicht nur den Tod Hunderttausender Frauen, Kinder und Kranker verschuldet, sondern auch durch Schwächung der Arbeitsfähigkeit infolge chronischer Unterernährung nicht zum geringen Teil die Zersetzungserscheinungen verschuldet hat, unter denen Deutschland zur Zeit so schwer leidet.

Die deutsche Regierung gibt vielmehr der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck, daß die verbündeten und assoziierten Regierungen ihren guten Willen anerkennen und dementsprechend von den unmenschlichen Kriegsmaßnahmen gegen die deutsche Zivilbevölkerung, die doch keinesfalls eine Mitschuld am Verhalten der Truppen trifft, Abstand zu nehmen. Um aber auch den verbündeten und assoziierten Regierungen die Möglichkeit zu geben, sich von dem nachdrücklichen Ernst ihres Vorgehens zu überzeugen, ersucht die deutsche Regierung, mit ihr in die Beratung der notwendigen Maßnahmen einzutreten. Zu diesem Zweck schlägt sie die schleunige Bildung einer aus deutschen Vertretern einerseits und verbündeten und assoziierten Vertretern anderseits gebildete Kommission vor. Nach Ansicht der Regierung wäre deren Aufgabe, nach **Prüfung der Sachlage** die Maßnahmen zur schleunigen Durchführung zu treffen, zu überwachen und durchzusetzen. Die deutsche Regierung bittet, ihr eine baldige diesbezügliche Mitteilung zugehen zu lassen.

Vom Reichswehrminister sind an das A. O. K. Nord zwei Befehle abgegangen, die die Räumung selbst unmittelbar anordnen. Der erste besagt, daß im Hinblick auf die verschärften Forderungen des Verbandes jede Rücksicht auf einen erneuten Einbruch der Bolschewisten in Lettland hinter der beschleunigten Räumung des Baltikums zurücktreten muß. Es wird befohlen, daß die Truppen sofort mit der Bahn und in Fußmärschen nach Schaulen gebracht werden, von wo aus der beschlossene Rücktransport angetreten werden soll. Geschosse, die nicht rechtzeitig abbefördert werden, sollen zerstört werden. Ein zweiter Befehl verbietet den Uebertritt in russische Dienste und sichert denen, die bereits übergetreten sind und zurückkehren, Straffreiheit zu.

Die Reaktion in Ungarn

Nach einer Meldung des Ung. Tel.-Kor.-Bureaus, erläßt die **Partei des ungarischen Königtums** an das Volk Ungarns anläßlich der Vorbereitung zu den Wahlen für die Nationalversammlung einen Aufruf und fordert die Bürger zum Eintritt in die **royalistische** Partei auf.

Budapest, 4. Oktober. Der frühere ungarische Landwirtschaftsminister **Szabo** veröffentlicht eine Liste aller ungarischen **Aristokraten,** die während der Rätehertschaft **organisierte Kommunisten** waren. Unter ihnen befindet sich auch der jetzige Ackerbauminister **Rudnek.** Unter dem Verdacht, Kommunisten zu sein, wurden bisher in Budapest 300 **Lehrer und Professoren** ihrer Stellung enthoben.

Ferner verhaftete die Polizei den gewesenen Präsidenten des Budapester Arbeiter- und Soldaten-Zentralrats, Stephan **Biermann,** der sich seit dem Sturze der Räteregierung in einem Dorfe der Umgebung von Budapest versteckt hielt.

Der **Finanzminister Baron Friedrich Korany** erklärte nach dem Pester Lloyd: Auf den bisherigen Vorschuß von 80 Millionen Kronen stellten die Budapester Geldinstitute dem Staate 400 Millionen Kronen gegen Schatzwechsel zu 5,5 Prozent Zinsen zur Verfügung, wodurch der Geldbedarf des Staates **vorläufig gedeckt** sei.

Abstimmung in Washington

Washington, 2. Oktober. Heute begann die Diskussion über die vom Senator **Fall** vorgeschlagenen 30 **Abänderungen zum Friedensvertrage.** Der erste Abänderungsantrag, in dem vorgeschlagen wurde, daß die Vereinigten Staaten sich an dem Ausschuß zur Festsetzung der Grenze zwischen Deutschland und Belgien nicht beteiligen sollten, wurde mit 58 gegen 30 Stimmen **abgelehnt.** Man ist allgemein der Ansicht, daß dieses Ergebnis die Ansichten des Senats bezüglich der **übrigen Abänderungen,** die denselben Charakter tragen sollen, widerspiegelt.

•

Wilsons Erkrankung

Telegraaf meldet aus Neuyork vom 2. Oktober, daß das Befinden Wilsons einer Mitteilung seines Arztes zufolge **keineswegs günstig** sei. Zwei bekannte Nervenärzte seien aus Philadelphia berufen worden.

Der vom Arzte Wilsons, Crayson, am Donnerstag herausgegebene Krankheitsbericht über die letzte Nacht besagt, daß der Präsident sehr krank ist.

Durch seine Erkrankung ist Wilson nicht imstande gewesen, das **belgische Königspaar** zu empfangen. Dieses ist auf dem Dampfer George Washington in Neuyork eingetroffen. Der König hat sich an Land begeben und in einer Botschaft an das amerikanische Volk seiner Freude über seinen Besuch in Amerika Ausdruck gegeben.

Aus dunklen Herbsttagen

Von **Philipp Scheidemann.**

Am 29. September des Jahres 1918 fand im Saale des Bundesrats im Reichstag eine vertrauliche Sitzung des Hauptausschusses statt, in der Herr v. Hintze über die Vorgänge in Bulgarien berichtete. Als im Verlaufe der Aussprache mir absolut unfaßbare Anschauungen vertreten wurden, rief ich in einer kurzen Rede den immer noch nicht klarsehenden Herren die Worte zu: „Verkennen Sie doch nicht vollkommen die Situation, machen Sie sich doch bitte mit dem Gedanken vertraut, daß hier vielleicht sehr bald ein Arbeiter- und Soldatenrat seine Sitzungen abhalten wird."

Mancher hat mich damals mit überlegenem Lächeln, mancher aber auch sehr erschrocken angeschaut. Herr v. Hintze, der mich viele Monate später, als ich bereits Ministerpräsident war, einmal besuchte, hat mich an jene Worte erinnert und dabei gesagt, daß sie auf ihn einen tiefen Eindruck gemacht hätten.

•

Es kam in den ersten Oktobertagen der Kampf um den neuen, den ersten parlamentarischen Reichskanzler. Wir Sozialisten plädierten im interfraktionellen Ausschuß für einen Parlamentarier, weil der Reichstag vor aller Welt klar und deutlich bekennen müsse, daß es ihm mit der Demokratisierung und Parlamentarisierung ernst sei. Fehrenbach, den wir als Vertreter der stärksten Partei nannten, lehnte ab, v. Payer, gegen den wir wegen einiger Wendungen in einer kurz zuvor von ihm gehaltenen Rede Bedenken äußerten, lehnte ebenfalls ab, empfahl aber sehr warm den Prinzen Max von Baden. Obwohl man uns sehr viel vortrug, was für die gute Eignung des Prinzen als Reichskanzler sprechen sollte, verhielten wir uns durchaus ablehnend. Im vollkommenen Einverständnis mit allen Vertretern der sozialdemokratischen Mitglieder des interfraktionellen Ausschusses setzte ich am 1. Oktober auseinander, daß der Reichstag die parlamentarisch-demokratische Aera unmöglich damit beginnen dürfe, einen Prinzen auf den Stuhl des Reichskanzlers zu setzen. Der eifrigste Befürworter der Kandidatur des Prinzen Max von Baden war der Abgeordnete Haußmann, von dem vollkommen angenommen werden dürfte, daß er den Prinzen, mit dem er sehr befreundet war, genau kannte. Als Ebert und ich am 2. Oktober im Amtszimmer des Vizekanzlers v. Payer eine Aussprache mit dem Prinzen hatten, gewannen wir zwar den besten Eindruck von ihm, vermochten aber nicht unsern kritischen Standpunkt aufzugeben. Der Prinz erklärte mit Bestimmtheit, daß er nur dann das Amt des Reichskanzlers übernehmen würde, wenn auch Sozialdemokraten in sein Kabinett eintreten würden. Wir berichteten in der Fraktion, die unsern Standpunkt vollkommen billigte. Die Situation gestaltete sich von Tag zu Tag schlimmer. Das Parlament hatte keinen geeigneten Kandidaten in Vorschlag zu bringen, die Gefahr war also sehr groß, daß wieder irgendein Michaelis für das wichtige Amt berufen würde. Die allgemeine Lage gestaltete sich inzwischen so furchtbar für unser Land, daß die Fraktion schließlich den demokratischen Prinzen akzeptierte und Payer und mich zum Eintritt in das Kabinett bestimmte, wenngleich ich bis zum letzten Augenblick nicht zu den Befürwortern einer Teilnahme der Sozialdemokratischen Partei an dieser u. E. sicher zum Zusammenbruch verurteilten Regierung gehört hatte.

Im Kabinett erwies sich der neue Reichskanzler als ein durchaus modern denkender Mann, dessen aufrichtig volksfreundliche Gesinnung ihm die berechtigte Hochachtung aller Kabinettsmitglieder gewann. Leider kam ich schon nach wenigen Tagen in eine überaus peinliche Situation. Ein Brief, den der Prinz früher an seinen Standesgenossen Hohenlohe geschrieben hatte, wurde im Ausland veröffentlicht. Der Inhalt des Briefes war nicht in Einklang zu bringen mit dem vom Prinzen jetzt vertretenen Programm. Also eine Zweideutigkeit? Am 11. Oktober, abends gegen 9 Uhr, im Anschluß an eine Kabinettssitzung bat ich den Prinzen in Gegenwart der Abgeordneten Gröber und Erzberger um Aufklärung. Er suchte den Widerspruch zwischen seinen Ausführungen in diesem Brief und seinen öffentlichen Erklärungen zu entkräften, erklärte sich aber sofort bereit, zurückzutreten, falls wir der Meinung sein sollten, daß sein Verbleiben im Amte die Landesinteressen schädigen. Ich bat ihn, nicht voreilig zu handeln, fügte aber dann hinzu: „ob ich im Kabinett bleiben kann, wird sich morgen entscheiden". Ich war entschlossen, in der Fraktion die Erkenntnis zum Rücktritt zu erbitten. Ein Brief, durch den wir Vizekanzler v. Payer unsern Rücktritt anzeigten, wurde von Bauer, der Staatssekretär im Reichsarbeitsamt war und als solcher dem engeren Kabinett nicht angehörte, und mir für alle Fälle unterzeichnet, damit wir ihn evtl. sofort übergeben konnten. Dr. David und Dr. A. Müller, die als Unterstaatssekretäre amtierten, erklärten sich mit unserm Vorgehen solidarisch.

Infolge der Briefaffäre gab es dann lange Verhandlungen im interfraktionellen Ausschuß, des Ausschusses und der Fraktionen mit dem Prinzen. Der deutschen Presse war der Abdruck des Briefes bis dahin untersagt worden. Am 13. Oktober setzte ich im Kabinett seine Freigabe durch. Die Angelegenheit wurde schließlich als beigelegt angesehen, nachdem alle unsre Vertreter in den neutralen Ländern übereinstimmend versichert hatten, daß das Vertrauen zu dem

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19191005/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG